

Ministerpräsident Seehofer spricht Klartext

FMG muss dritte Startbahn alleine bezahlen

Freistaat kann sich nach dem Landesbank-Desaster kein zweites Milliardengrab leisten

Von Kerstin Vogel

Freising ■ Die Flughafengesellschaft muss eine dritte Startbahn aus eigenen Mitteln finanzieren. Diese Vorgabe hat Ministerpräsident Horst Seehofer am Montag bei einem Treffen mit Startbahngegnern deutlich formuliert. Weiter versicherte er, dass ein positiver Planfeststellungsbeschluss nicht automatisch den Baubeginn bedeute. Er kündigte an, „seine Fachleute“ prüfen zu lassen, ob der von der FMG angestrebte hohe Anteil der Umsteiger von 47 Prozent nötig ist – oder ob eine Verringerung den Verzicht auf den weiteren Flughafen ausbaue ermöglichte, ohne jedoch Nachteile für Bayern zu bringen.

Bereits im November 2009 hatte Seehofer den Vertretern des Aktionsbündnisses „Aufgemuckt“ einen Gesprächstermin gewährt und ein weiteres Treffen in Aussicht gestellt, wenn sich durch die damals angekündigten neuen Gutachten eine neue Situation ergebe. Dieses Versprechen löste er jetzt ein. Die Sprecher des Bündnisses nutzten die Gelegenheit, ihre Kritik an den Überlegungen zur Bedarfsplanung zu erneuern. So erwähnte das neue Gutachten des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) die Entwicklung des Flugverkehrs oder den Ausbau von Flughäfen mit keinem Wort; trotzdem lese die FMG dort heraus, dass eine dritte Startbahn gebraucht werde.

Nach Einschätzung von „Aufgemuckt“ sprechen stattdessen jedoch viele Feststellungen des HWWI-Gutachtens eher gegen einen Flughafen ausbau. So gingen die Experten beispielsweise davon aus, dass die Arbeitslosigkeit im Sommer noch steige und dadurch der private Konsum gedämpft werde und „dass sich die zukünftigen Wachstumsraten in Westeuropa gegenüber der Zeit zwischen 2002 und 2008 weiter abschwächen“.

Thematisiert wurde von den Startbahngegnern daneben die fragwürdige Finanzierung des



Der Sprecher der Attachinger Bürgerinitiative, Franz Spitzenberger (links), hat gestern rund 1500 gesammelte Einwendungen gegen den Bau der dritten Startbahn an Manfred Drobny vom Bund Naturschutz übergeben. Foto: Einfeldt

Ausbauprojekts. Sie führten neben der Wirtschaftskrise und der nach wie vor rückläufigen Zahl der Flugbewegungen auch den hohen Schuldenstand der Flughafenbetreiber an. Seehofer habe daraufhin nicht nur versichert, dass die FMG den geplanten Ausbau selber bezahlen müsse, heißt es in dem Bericht von „Aufgemuckt“. Er habe auch erklärt, er wolle „mit einer dritten Startbahn kein zweites Milliardengrab schaffen“.

Erklären ließ sich Seehofer auch die Kapazität des Zwei-Bahnen-Systems am Flug-

hafen. Der Freisinger Landtagsabgeordnete Manfred Pointner (FW) erläuterte, dass „bei guter Koordination rund 550 000 statt der von der FMG zugegebenen 480 000 Flugbewegungen möglich“ wären. Damit würden die zwei Bahnen selbst beimäßigem Wachstum bis 2025 leicht ausreichen. Außerdem würden die FMG-Gutachter der Firma Intraplan bei ihren Prognosen Veränderungen bei den Fluggesellschaften aussparen, kritisierte Pointner. Diese würden nämlich zunehmend größere Maschinen einsetzen, um damit mehr Direktverbindungen ohne Umsteiger zu schaffen.

Für Aufgemuckt forderte Hartmut Binner von der Staatsregierung nun eine klare politische Entscheidung. Diese müsse zum Schutz der Betroffenen, aber auch aller Steuerzahler „eindeutig gegen den Bau einer weiteren Startbahn fallen“ – und zwar „unabhängig vom Ausgang des Planfeststellungsverfahrens“. Seehofer versicherte, dass vor einem Baubeginn nicht nur ein positiver Planfeststellungsbeschluss, sondern auch noch ein Beschluss der Gesellschaft erfolgen müsse. Gleichwohl wolle er jetzt nicht politisch in das Planfeststellungsverfahren eingreifen.

Die FMG hat unterdessen angekündigt, den Gesellschaftern im Juli eine Finanzierungsplanung für das Ausbauprojekt vorlegen zu wollen. „Da werden wir sagen, was wir nach heutigem Stand an Finanzmitteln vom Kapitalmarkt benötigen und zu welchen Konditionen wir das glauben, bekommen zu können“, erklärte FMG-Sprecher Ingo Anspach gestern. Eine Aussage, die der Grünen-Landtagsabgeordnete Christian Magerl allerdings verwunderlich findet, denn: „Ein Finanzierungskonzept muss eigentlich schon im Planfeststellungsverfahren vorgelegt werden.“